

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	45. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	12. Dezember 2017, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

11.

Punkt 10 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Gebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)

Vorlage: 2017/0538

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, nach Vorberatung am Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss

- a) die in Anlage 1 der Vorlage beigefügte „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Gebühren für die Abfallentsorgung“ (Abfallgebührensatzung) vom 09.05.1989, zuletzt geändert am 13.12.2016
- b) die Fortgeltung der nicht von der Änderungssatzung betroffenen Gebührensätze auch für das Jahr 2018 (Restmüllgebühren § 4 Absatz 1. § 6 u.a.)
- c) die Einbeziehung der restlichen Überdeckung aus 2013 in Höhe von 500.000 Euro und die teilweise Einbeziehung der Überdeckung aus 2015 in Höhe von 606.173,67 Euro bei der Restmüllgebühr in die Gebührenkalkulation 2018
- d) die Verrechnung der Unterdeckung 2016 mit einem Teilbetrag der Überdeckung 2013 in Höhe von 2.254,48 Euro und die Einbeziehung der restlichen Überdeckung 2013 in Höhe von 443,70 Euro und einem Teilbetrag der Überdeckung 2014 in Höhe von 2.747,05 Euro bei der Annahmgebühr in die Gebührenkalkulation 2018
- e) die Verrechnung der Unterdeckung 2016 mit einem Teilbetrag der Überdeckung 2013 in Höhe von 29.915,91 Euro und die Einbeziehung der restlichen Überdeckung 2013 in Höhe von 84,09 Euro und einem Teilbetrag der Überdeckung 2014 in Höhe von 64.525,41 Euro bei der Abfallmuldengebühr in die Gebührenkalkulation 2018
- f) die Einbeziehung der Unterdeckung 2014 in Höhe von 23.899,42 Euro und einem Teilbetrag der Unterdeckung 2015 in Höhe von 36.430,91 Euro bei der Pressbehältergebühr in die Gebührenkalkulation 2018

- g) die Zurückstellung der Entscheidung über die Verwendung der Überdeckungen 2014, 2015 und 2016 sowie der Unterdeckungen 2015 und 2016 in Höhe von insgesamt saldiert 5.812.299,29 Euro.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss:

Wir können gleich in die Abstimmung einsteigen. – Das ist einstimmig.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
21. Dezember 2017